



FELIPE FITTIPALDI

FOTO-TABLEAU

Im Hinterland des Sertão 4/5

«Die Menschen im Hinterland des Sertão wirken wie ein integraler Bestandteil ihrer natürlichen Umgebung. Ihr Überleben hängt von ihrer Fähigkeit ab, das zu nutzen, was ihr Umfeld bietet. Leder, Fasern und Lehm wie auch die Tiere sind ein essenzieller Bestandteil dieser physischen Welt, die sich vom Menschen kaum trennen lässt.» Auch den kargen Busch- und Baumbestand der Savannenlandschaft im Nordosten Brasiliens hätte der Fotograf Felipe Fittipaldi in seine Aufzählung aufnehmen können: Dieser urtümliche, mit seinem bewegten Formenspiel dennoch fast kunstvoll anmutende Zaun sieht aus, als wäre er direkt aus der Erde herausgewachsen.

Glauben statt wissen

Religionen – eine andere Art von Erfahrung

Gastkommentar
von MARKUS JOST

Wenn nur diese Religionen nicht wären, dann wäre es viel friedlicher auf der Welt... Diesen Satz hört oder liest man nicht selten. Vor allem wenn Religion in Zusammenhang mit Gewalt auftritt. Viele Menschen sehen sich dann darin bestätigt, dass es besser sei, die Finger von der Religion zu lassen und religiösen Menschen mit Vorbehalt zu begegnen.

Religion, die sich unerklärbar und unkontrollierbar zeigt, ist für viele Menschen in der Schweiz bedrohlich und stammt aus einer anderen Welt und Zeit. Denn wir sind es gewohnt, alles erklären zu können. So soll es auch bei der Religion sein: Wir wollen, dass die Religion organisiert und erklärbar wird und sich einfügt in unser weltanschauliches System.

Es stellt sich jedoch die Frage: Was ist unser weltanschauliches System, dem sich die Religion unterzuordnen hat? – Ein Demokrat wird sagen: Die Mehrheit bestimmt, was unser weltanschauliches System ist. Der Historiker: Die Geschichte bestimmt, was unser weltanschauliches System ist. Es fallen oft Schlagwörter wie «abendländische Werte», «Aufklärung und Moderne», «Demokratie» oder «wissenschaftliches Weltbild».

Ja, Religion soll sich dem wissenschaftlichen Weltbild unterordnen. Erkenntnisse, die von der Wissenschaft abgesichert sind, müssten zwingend von der Religion anerkannt werden, wird daraus gefolgert. Es wird eine wissenschaftskonforme Religion gefordert, die aufgeklärt ist und deren Entstehen entsprechend historisch erklärt werden kann.

Allerdings bleibt bei dieser Argumentation unberücksichtigt, dass es die wissenschaftlichen Fakten per se nicht gibt, sondern Wissenschaft immer als Prozess verstanden werden muss: Was heute als eiserne Regel gilt, kann bereits morgen durch neu gewonnene Erkenntnisse revidiert werden. Das wissenschaftliche Weltbild ist also ständig in Bewegung. Deswegen ist es besser, vom Prozess des wissenschaftlichen Forschens zu sprechen. Ein solcher Prozess setzt voraus, dass etwas existiert, was wir noch nicht kennen.

Seit es Menschen gibt, gibt es auch Religion – und vermutlich wird es diese auch immer geben, solange Menschen existieren. Man könnte also sagen, dass Religion und religiöse Vorstellungen zu tiefst menschlich sind. Nun stellt sich die Frage: Warum hält der Mensch, der das wissenschaftliche, rationale Denken hervorgebracht hat, an religiösen Vorstellungen fest? Und weiter: Ist es sinnvoll,

wenn sich das eine Denken dem anderen Denken unterordnen muss? Oder anders gefragt: Ist eine Welt, die ausschliesslich von rationalem Denken beherrscht wird, wirklich besser als eine, die von religiösen Vorstellungen geprägt wird?

Genau wie die Wissenschaft am Erforschen der unbekanntesten Natur ist, stellt die Religion Fragen nach dem letztlich nicht fassbaren Gott oder Göttlichen. Doch die Frage nach Gott ist heute eher peinlich, und wer sie stellt, macht sich lächerlich, wenn nicht gar verdächtig. Vielleicht müsste der Umgang mit religiösen Fragen und Vorstellungen im gesellschaftlichen Diskurs entkrampft und freier werden, damit die religiöse Seite des Menschen sich positiver entwickeln könnte.

Der Staat kann in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen, indem er sich auf seine Grundaufgaben konzentriert: die Religions-, Meinungs- und Kulturfreiheit zu garantieren. Diese Freiheiten ermöglichen es dem Einzelnen, eine positive, persönliche Religiosität zu entwickeln, welche wiederum – beispielsweise durch das soziale Engagement religiöser Menschen – der Gesellschaft zugutekommen kann. Den Missbrauch dieser Freiheiten kann der Staat durch die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze ahnden.

Wenn der Staat aber beginnt, religiöse Institutionen anzuerkennen, wächst die Gefahr, dass die Vorsteher dieser Institutionen sich mehr und mehr mit politischen Fragen beschäftigen statt mit religiösen, wozu sie eigentlich staatlich anerkannt wurden.

Das ist einerseits schade, denn es wäre besser gewesen, wenn diese Menschen ihr Talent im Rahmen einer politischen Partei eingesetzt hätten, und andererseits bedenklich, da das Politische mit dem Religiösen auf höchster Ebene verknüpft wird. Den Gläubigen dieser Religionsgemeinschaft wird nicht mehr bei ihrer persönlichen spirituellen Entwicklung geholfen, sondern sie werden für politische Zwecke missbraucht. Das kann sehr gefährlich sein: Aus den weltweiten Nachrichten wissen wir, dass politisch-religiöse Konflikte die am schwierigsten zu lösenden Konflikte sind.

Deswegen wäre es besser, wenn der Staat sich darauf fokussierte, Menschen statt Institutionen anzuerkennen. Dieses könnte er erreichen, indem er das christlich-konfessionell geprägte Landeskirchenmodell durch ein freiheitliches, allen Religionsgruppen offenstehendes System ersetzt.

Markus Jost ist evangelischer und katholischer Theologe MA, Buchautor und wissenschaftlicher Bibliothekar an der theologischen Fakultät der Universität Freiburg i. Ü.

Eine funktionierende Einwanderungspolitik für Europa

Klugheit statt Panik

Gastkommentar
von SAMI MAHROUM

Schlagzeilen über die Einwanderung sind in Europa an der Tagesordnung. Aber obwohl – oder weil – das Thema ständig präsent ist, ist die Debatte immer noch von Vorurteilen und politischer Vereinnahmung bestimmt.

So mangelte es im Zusammenhang mit dem Brexit-Referendum nicht an falschen und verzerrten Behauptungen. Es hiess, ungehinderte Einwanderung aus dem restlichen Europa würde die Löhne drücken. Seit der Abstimmung argumentieren die Brexit-Gegner allerdings ebenso unsachlich, Grossbritannien werde es nach dem Ausscheiden aus der EU an qualifizierten Arbeitskräften mangeln. Länder wie Australien, Kanada oder Singapur kommen sehr gut ohne garantierte Einreisefreiheit zurecht: Sie stellen einfach Arbeitsvisa aus – je nach Qualifikation.

Als jemand, der selbst Einwanderer ist und jahrelang die internationale Migration hochqualifizierter Arbeitskräfte untersucht hat, kann ich sagen, dass eine rationale Debatte bei der Perspektive der Einwanderer selbst ansetzen muss. Was bewegt einen Menschen, in ein neues und normalerweise unbekanntes Land zu ziehen?

Einwanderung ist ein sehr vielschichtiges Phänomen, bei dem Faktoren wie Nationalität, Qualifikation, Aufenthaltsdauer und Motivation eine Rolle spielen. Ein Spezialist im medizinischen Bereich, der von Indien dauerhaft nach Grossbritannien zieht, macht ganz andere Erfahrungen als ein rumänischer Bauarbeiter, der versucht, in Frankreich einen besseren Lohn zu bekommen. Und wieder ganz anders geht es einem Flüchtling aus Syrien, der hofft, in Deutschland die Zeit bis zum Ende des Bürgerkriegs überbrücken zu können.

Gemeinsam ist diesen Erfahrungen, dass sie normalerweise vom Wunsch nach einem höheren Lebensstandard bestimmt sind – ob durch gesellschaftlichen Status, höheren Lohn oder einfach durch physische Sicherheit. Kurz gesagt: Einwanderer wollen keine neue Kultur oder Identität, sondern ein besseres Leben.

Insbesondere Wirtschaftsmigranten sind einfach nur auf der Suche nach Arbeitsplätzen. Gäbe es vergleichbare Jobs in ihrem Heimatland, würden sie gar nicht erst auswandern. In diesem Sinne ist die Wirtschaftsmigration lediglich ein Problem der Arbeitsvermittlung. Migranten sollten daher dorthin vermittelt werden, wo sie gebraucht werden – etwa durch neu gegründete Arbeitsvermittlungsbüros für die grossen Auswanderungsländer. Denkbar wäre auch eine Regelung, bei der für ein Land nur so viele Arbeitsvisa ausgestellt werden, wie es der Anzahl der illegal eingereisten arbeitssuchenden Migranten entspricht, die in ihr Heimatland zurückgeführt werden.

Sobald die Einwanderer in ihrem Gastland sind, müssen ihre Rechte als ausländische Arbeitnehmer natürlich geschützt werden. Das bedeutet aber nicht, dass sie die gleichen politischen und sozialen Rechte geniessen sollen wie die Einheimischen. Dies entspricht etwa dem System der Vereinigten Arabischen Emirate, wo Millionen im Ausland geborene Arbeitnehmer eine Beschäftigung suchen. Sie wissen, dass ihre Arbeits- und Menschenrechte dort gesetzlich geschützt sind, sie aber keine zusätzlichen Privilegien erhalten. Dieses System gibt fast acht Millionen Menschen die Möglichkeit, ihren Lebensstandard zu erhöhen, ohne dass die Bürger des Landes dagegen aufbegehren.

Eine andere mögliche innovative Lösung ist die Schweizer Grenzgämbewilligung für Ausländer, die ausserhalb der Schweiz wohnen und innerhalb der Schweiz arbeiten (die Grenzrayons sind dabei vertraglich festgelegt). Alle Grenzgänger müssen dabei mindestens einmal pro Woche in ihr Heimatland zurückkehren. Könnte die EU nicht ihren eigenen «Grenzbereich» festlegen – im Rahmen eines flexiblen Mobilitätssystems für Saisonarbeiter aus Afrika oder dem Nahen Osten?

Dass man Migranten die Privilegien von Bürgern verwehrt, scheint den liberalen und egalitären Werten Europas zu widersprechen. Dabei ist zu bedenken, dass man, wenn man darauf besteht, letztlich die Interessen der Einwanderer selbst untergräbt. Da in ganz Europa migrationsfeindliche politische Kräfte massiv an Boden gewinnen, muss man sich fragen, ob es für arbeitssuchende Einwanderer nicht besser ist, wenn sie nur für eine bestimmte Zeit akzeptiert werden.

Macht man Einwanderung von Qualifikationen abhängig, steht man vor einem ähnlichen Dilemma. Viele Europäer argumentieren, dieser Ansatz diskriminiere nicht nur die schwächsten Einwanderergruppen, sondern führe auch zu einem Brain-drain aus Ländern, die ihre hochqualifizierten Fachkräfte selber brauchten. Aber auch hier muss man Vor- und Nachteile abwägen. Meist können sich qualifizierte Einwanderer in eine Gesellschaft, zu der sie aktiv beitragen, besser eingliedern als andere. So können kulturelle Brücken zwischen Ziel- und Heimatländern entstehen.

Einwanderung ist in Europa ein Reizthema – nicht zuletzt aufgrund von Panikmache und Hysterisierung, was eine konstruktive Debatte verhindert. Um das Thema zu entschärfen, muss auf nationaler und europäischer Ebene ein Sozialvertrag für Wirtschaftsmigranten entstehen. Eine solche «Charta für ausländische Arbeitnehmer» schützte die Rechte der Einwanderer, während sie gleichzeitig deren soziale Privilegien einschränkte.

Sami Mahroum ist Direktor der Innovations- und Politikinitiative Insead. – Aus dem Englischen von Harald Eckhof. Copyright: Project Syndicate, 2018.